

Pressespiegel Februar, überregional

Öffentliche Plakatierung „Dresden nazifrei“ 2014 vor dem Landtag

dtoday.de - Matthias Gränddörfer - 05.02.2014

Erfurt (dp) – Protest und Solidarität mit den Bürgern zeigten auch die Erfurter Politiker gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen in Dresden.

Die Plakataktion am Mittwoch, 5. Februar, vor dem Thüringer Landtag, machte deutlich, dass sie den Aufmarsch der Nazis in keiner Weise dulden. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Dr. Werner Pidde, hat dazu aufgerufen, am 13. Februar in Dresden mit friedlichen Protestaktionen ein Zeichen zu setzen, wenn dort anlässlich der Bombardierung Dresdens im Jahr 1945 Neonazis aus ganz Europa aufmarschieren. „Wir haben in Dresden im vergangenen Jahr erfolgreich gezeigt, dass wir den Aufmarsch von Rechtsextremen nicht tatenlos hinnehmen. Das wollen wir auch dieses Jahr wiederholen“, betonte Pidde. „Der braune Spuk der ewig Gestrigen hat in Thüringen und in Ostdeutschland keine Chance. Wir dulden keine rassistische Hetze und auch keinen Missbrauch der Opfer für die Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus.“

Die SPD-Fraktion mit mehreren Abgeordneten nahmen an der Plakataktion teil und folgten dem parteiübergreifenden Aufruf „Wieder setzen! Nazis blockieren!“ vor dem Landtag. Die Aktion wurde unter anderen von Dirk Adams, Sprecher für Innenpolitik der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag, Susanne Hennig, Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Corinna Hersel, Verdi-Bezirksgeschäftsführerin in Thüringen, Uwe Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen, Dr. Birgit Klaubert, Sprecherin für Kulturpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Renate Licht, DGB Thüringen, Christoph Matschie, Thüringer Kultusminister und stellvertretender Ministerpräsident, Dr. Werner Pidde, Fraktionsvorsitzender der SPD im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Martina Renner, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Astrid Rothe-Beinlich, Sprecherin für Bildungs- und Flüchtlingspolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag, Anja Siegesmund, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag und Heike Taubert, Thüringer Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit unterstützt.

Posaunen sollen Nazis vergraulen

neues-deutschland.de - Hendrik Lasch - 05.02.2014

Dresden läuft sich warm für Protest gegen Nazis am 13. Februar. Die Stadt ruft zum vierten Mal zur Menschenkette, das Bündnis »Dresden nazifrei« will die Nazikundgebung ganz verhindern.

Posaunen können gefühlvolle Töne produzieren. Sie können, sagt Christian Behr, Dresdner Superintendent, aber auch laut werden. Posaunenchor sind also nicht nur geeignet, die Menschenkette musikalisch zu untermalen, mit der die Stadt Dresden am 13. Februar zum vierten Mal ein Zeichen gegen Nazis setzen will – mehrere Bläservereinigungen sollen sich in die Kette einreihen, mit der die Innenstadt symbolisch abgeschirmt wird.

Sie wären auch in der Lage, den Nazis den Marsch zu blasen, die am 69. Jahrestag der Zerstörung erneut das Gedenken vereinnahmen wollen – zumal, wenn sie wie angestrebt eine Kundgebung an der Frauenkirche auf dem Neumarkt abhalten dürften. Dorthin eigentlich lädt die Kirche zum stillen Gedenken. Falls nötig, sagt Behr, »können wir reagieren«.

Eine Kundgebung an der symbolträchtigen Kirche, deren Ruine lange als Mahnmal für die Kriegszerstörung diente, wäre der letzte Coup der Nazis. Vor wenigen Jahren lud die Szene in Dresden noch zu ihren europaweit größten Aufmärschen. Seit 2010 indes drängten Blockaden und starke Gegenwehr sie immer weiter zurück. Zuletzt zogen nur noch etliche hundert Kameraden um einen Häuserblock. Diesmal wollen sich die Anmelder offenkundig die Peinlichkeit eines erneut blockierten Umzugs ersparen; zugleich ist der gewählte Ort für ihre Versammlung eine bewusste Provokation.

Die Stadt hat diese Rechnung zunächst durchkreuzt; am Freitag erließ sie eine Verfügung, wonach die Kundgebung an einem anderen Ort stattfinden müsse. Sie verwies auf einen Passus im sächsischen Versammlungsgesetz. Es erlaubt Beschränkungen für Versammlungen an Orten von »herausragender historischer Bedeutung« und nennt explizit die Frauenkirche. Allerdings halten Kritiker das 2012 beschlossene Gesetz für verfassungswidrig. Klaus Bartl (LINKE) warnte bereits vor den »verheerenden Folgen« einer Pleite vor Gericht, durch die das »Ansehen Sachsens schweren Schaden nehmen« würde. Er riet, eine Verlegung mit dem traditionellen stillen Gedenken zu begründen. Ob die Nazis bereits Widerspruch eingelegt haben, konnte die Stadt gestern nicht sagen. Unabhängig vom Ausgang der eventuellen Gerichtsverfahren rief CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz gestern zu zahlreicher Teilnahme an der Menschenkette auf, die ein »wirkungsvolles Signal gegen den Missbrauch des Tages« sei. Nach den Erfolgen der letzten Jahre »dürfen wir jetzt nicht nachlassen«, sagte Hans Müller-Steinhagen, Rektor der TU Dresden und Anmelder der Menschenkette. Zu dieser werden erneut über 10 000 Bürger erwartet.

Auffällig ist, dass die Stadt zunehmend auch offensive Protestformen akzeptiert. Eine Liste der Aktivitäten führt auch »Protest in Sicht- und Hörweite der Nazi-Demonstration« auf, zu dem erstmals von Kirchen und DGB aufgerufen wird. Erwähnt wird auch der »Mahngang Täterspuren« des Bündnisses »Dresden nazifrei!«. Er wurde noch vor wenigen Jahren verboten; nun bezeichnet ihn die Rathauschefin als »würdige Veranstaltung«. Generell sieht sie im Verhältnis zum Bündnis »Dresden nazifrei!« eine »verbesserte Art des Miteinanders«. Zu seinen Blockadeaufrufen äußerte sie sich nicht. Das Bündnis will am Dienstag über seine Pläne informieren. Bisher heißt es, man wolle »den Nazis nicht den Anschein eines Erfolges ermöglichen«; deren Kundgebung zu verhindern, müsse »unser Ziel sein«

Runder Tisch für Demokratie Jena: Mobilisierungskampagne für Dresden-Nazifrei

jenapolis.de – 24.01.2014

Der Runde Tisch tagte gestern zum ersten Mal in diesem Jahr. Am Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus startete dieser mit der Plakatierung für die Proteste am 13. Februar in Dresden. Seit Jahren sind die Menschen aufgerufen, sich couragiert dem neonazistischen Treiben und der Geschichtsverfälschung, rund um den 13.02. in der sächsischen Landeshauptstadt, zu widersetzen. In Thüringen startete die Mobilisierungskampagne für Dresden-Nazifrei mit einer zusätzlichen Erklärung, die den Dresdner Aufruf ergänzt. Auch eine Anmeldung von Neonazis am 8. Februar in Weimar

und bereits geplante Gegenproteste standen auf der Tagesordnung.

Intensiv haben sich die Teilnehmenden zudem mit der Frage beschäftigt, wie im Superwahljahr rassistischer und antidemokratischer Mobilmachung sowie braunen Wahlkampfaktivitäten effektiv begegnet werden kann und demokratische Teilhabe besser möglich wird. Einig war sich der Runde Tisch nicht nur, dass Stimmenfang auf dem Rücken von Minderheiten und Asylsuchenden verhindert werden muss, sondern dass ein aktiver Einsatz für eine Willkommenskultur und die Unterstützung von Flüchtlingen praktisch werden soll. Bereits im November hat sich der Runde Tisch mit einem Aufruf für Solidarität und Unterstützung für asylsuchende Menschen an die Jenaerinnen und Jenaer gerichtet.

Zudem erinnert der Runde Tisch noch einmal an die, im Oktober vom Stadtrat, verabschiedete Resolution für Bleiberecht und den Schutz von Flüchtlingen, insbesondere Minderjähriger. Es wird an die verantwortungstragenden Strukturen und handelnden Personen appelliert diese auch umzusetzen. Gerade jetzt, wo bedauerlicherweise der Abschiebestopp in Thüringen für Minderheiten aus der Balkanregion, mitten im tiefsten Winter endete, müssen einer solchen Resolution Taten folgen.

210 Kilometer bis Magdeburg

neues-deutschland.de – 22.01.2014

Markus Drescher über die Absetzbewegung blockierter Nazis

Die nationale Rumgeopfer-Karawane muss weiterziehen. Gut 200 Kilometer Luftlinie sind es von Dresden bis nach Magdeburg. Vom Stalingrad der Nazi-Trauererei bis zur derzeit letzten rechten Hoffnung, wenigstens einmal pro Jahr einen größeren Umzug abhalten zu können, um die deutschen Täter in unschuldige Opfer alliierter Bombardierungen umzudeklariieren.

Vier Jahre in Folge standen und saßen in Sachsens Landeshauptstadt die Blockaden tausender AntifaschistInnen den Nazis im Weg, trotzten Kälte, Polizeigewalt und der staatlichen Repression, die bis heute Existenz und Freiheit etwa des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König und des Berliner Antifaschisten Tim H. bedroht. Ein nicht geringerer Erfolg des Blockadebündnisses »Dresden nazifrei!« ist die Intervention in den Geschichtsdiskurs der Stadt: Der Mythos der »unschuldigen Kulturstadt« scheint auch in Elbflorenz gebrochen.

Dresden ist eine antifaschistische Erfolgsgeschichte mit Ausstrahlung. Das Konzept des Zivilen Ungehorsams, der massenhaften Blockaden kommt seit Jahren in vielen Städten zum Einsatz. Auch in Magdeburg, wo am 18. Januar die Nazis zwar nicht gänzlich gestoppt, aber doch behindert wurden. Dass auch dort die Blockaden erfolgreich sind, scheint eher eine Frage des Wann, nicht des Ob. Als Ausweichveranstaltung für Dresden jedenfalls wird sich Magdeburg nicht etablieren. Nach einem Stalingrad geht's nicht mehr aufwärts.

Rechtsextreme wollen nicht mehr durch Dresden marschieren

sueddeutsche.de – 20.01.2014

Seit Jahren marschieren am 13. Februar Neonazis durch die Stadt Dresden - doch damit soll jetzt endgültig Schluss sein. Die Veranstalter selbst erklären in Zukunft keine Demonstration mehr anmelden zu wollen. Nazi-Gegner sprechen jedoch nur von einem "Teilerfolg".

Der 13. Februar 1945 ist ein schwieriges Datum für Dresden. Damals warfen die Alliierten Bomben auf die Barockstadt -25.000 Menschen starben. Jahrelang haben Neonazis diesen Tag missbraucht und einen "Trauermarsch" durch die Stadt veranstaltet, um an den "Bombenholocaust" zu erinnern. 2005 kamen 6500 Rechtsextreme nach Dresden - es war der größte Neonaziaufmarsch in Europa. Seit 2010 nahm die Teilnehmerzahl ab - nicht zuletzt weil Tausende Gegendemonstranten den Marsch blockierten.

Nun scheinen die Rechtsextremen vor dem Widerstand zu kapitulieren: Sie kündigen an, gar nicht mehr durch Dresden marschieren zu wollen. "Die Erfahrungen der vergangenen Jahre machen deutlich, dass (...) ein Aufzug auch 2014 unmöglich gemacht werden wird", heißt es in einer Mitteilung des rechtsextremen "Aktionsbündnis gegen das Vergessen". Begründet wird die Entscheidung mit der Ankündigung des Bündnisses "Dresden Nazifrei", auch dieses Jahr erneut Blockaden organisieren zu wollen.

Ein Sprecher von "Dresden Nazifrei" nennt die Absage einen "Teilerfolg". Dennoch werde man das Aktionsbündnis weiter kritisch beobachten. Denn die Mitteilung der Rechtsextremen suggeriert auch, dass sie den 13. Februar nicht ganz aufgeben wollen. Statt einer Demonstration wollen sie nun eine Kundgebung vor der Dresdner Frauenkirche organisieren. Die Frauenkirche wurde 1945 komplett zerstört und dann als Mahnmal wiederaufgebaut.

Das sächsische Versammlungsgesetz verbietet jedoch Zusammenkünfte an historischen Orten, die an die Opfer eines Krieges erinnern. "Dresden Nazifrei" vermutet, dass sich die Neonazis am Hauptbahnhof treffen werden.